

Informationen zum Datenschutz

Wir achten in unserer Beratungsstelle sehr genau darauf, Ihre persönlichen Daten zu schützen. Alle unsere Mitarbeiter*innen unterliegen der Schweigepflicht (§ 203 Abs. 5 StGB) und haben zudem strenge Datenschutzvereinbarungen unterschrieben.

Ihre personenbezogenen Daten verwenden wir nur zweckgebunden und beschränken die Datenerhebung streng auf die Angaben, die zur Durchführung der gesetzlichen Beratungen erforderlich sind.

Die Daten auf unseren Computern und Laptops sind durch Passwörter und andere Sicherheitsmaßnahmen umfassend gegen unbefugten Zugriff geschützt. Die Daten werden anonymisiert gespeichert und dienen statistischen Zwecken. Handschriftliche Aufzeichnungen werden sicher verwahrt, sodass sie vor dem Zugriff unberechtigter Dritter geschützt sind und vernichtet, sobald sie nicht mehr benötigt werden.

Selbstverständlich geben wir Ihre Daten **nicht** an Dritte weiter. Sie können uns von unserer Schweigepflicht entbinden, wenn wir in Ihrem Auftrag gegenüber Dritten tätig werden sollen.

Als Klient*in haben Sie in unserer Beratungsstelle im Rahmen der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) umfangreiche Betroffenenrechte, wie das **Auskunftsrecht** hinsichtlich der von Ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DSGVO), das **Recht auf Löschung** (Recht auf „Vergessen werden“, Art. 17 DSGVO) und weitere.

Sie haben auch das **Recht**, jederzeit **zu widersprechen** (Art. 21 DSGVO).

Alle persönlichen Daten werden am Ende des Beratungsprozesses oder nach Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen gelöscht.

Die Leitung unserer Beratungsstelle ist persönlich dafür verantwortlich, dass die gesetzlichen Vorgaben der **DSGVO** (Datenschutz-Grundverordnung) und des **BDSG-neu (Bundesdatenschutzgesetz)** umgesetzt und eingehalten werden.